



PRESSEMITTEILUNG

15.02.2007

Verhalten von Minister Frankenberg ist untragbar!

In den letzten Tagen wurden Details über einen wahrlich unglaublichen Vorgang im baden-württembergischen Wissenschaftsministerium bekannt. Minister Peter Frankenberg (CDU) hatte die Verwaltung der Hochschulen angewiesen, Listen mit persönlichen Angaben jener Studierenden, die gegen die Einführung von Studiengebühren klagen, bereitzustellen. Der Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen ist entsetzt über dieses unhaltbare Vorgehen und fordert sofortige Konsequenzen.

Auch in Baden-Württemberg sind Studienentgelte bei den Studierenden nicht sonderlich beliebt und so wehren sich viele gegen deren Einführung, jedoch nicht als hirnlose Randalierer, die Autos in Brand setzen, sondern mit den Mittel des Rechtsstaates. „Es ist vollkommen legitim, dass die Studierenden das teilweise miserable Gesetzwerk der Regierung nicht einfach akzeptieren, sondern Entscheidungen kritisch hinterfragen“, erklärt Daniel George, Vorsitzender des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen. „Wir wollen keine willfährigen Untertanen, die zu allem Ja und Amen sagen, was von der Regierung kommt. Wir wollen verantwortungsbewusste, mündige Staatsbürger.“

Doch statt sich über diese gelebte staatsbürgerliche Mündigkeit zu freuen, reagiert der baden-württembergische Wissenschaftsminister Frankenberg mit Drohungen und Bespitzelung gegen die Studierenden. Seine Behörde setzt die Hochschulverwaltungen als Informelle Mitarbeiter ein und sammelt Daten über die unliebsamen Konterrevolutionäre.

„Dieses Vorgehen ist nicht tolerabel“, erbot sich Volker Ostermeyer, stellvertretender Bundesvorsitzender des LHG. „Es stellt sich vor allem die Frage, warum das Ministerium diese Daten verlangt. Will der Wissenschaftsminister den Studierenden beim Kaffeepausch die Richtigkeit seiner Politik erklären? Oder werden hier vielleicht Daten gesammelt, um später missliebige Personen aus dem Staatsdienst fernzuhalten?“

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen fordert eine umfangreiche Erklärung von Seiten des Ministeriums und eine offizielle Entschuldigung von Minister Frankenberg bei den Betroffenen. Eine angebliche Verfahrenskordinierung durch das Ministerium kann jedenfalls keine Begründung für einen solch unerhörten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Studierenden sein.

Verantwortlich i.S.d.P.:
Daniel George, Vorsitzender
Mobile: 0177-8551177; eMail: george@bundes-lhg.de